

# VORWÄRTS

Solidaritätspreis: öS 20.-

Nr. 57 September 1995  
Österreichische Arbeiterzeitung  
Verlag: Sozialistische Arbeiterpartei  
Distributionsstelle: 1070 Wien  
Tel. 01 538 69 10 Fax 01 538 69 11

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

- ⇒ Ökosteuern
- ⇒ Rassisten in Ternitz
- ⇒ Medien in Österreich
- ⇒ Jugoslawien

## Gegen ihren Fundamentalismus

## Regierung wetzt die Messer

## Sparpaket - die Zweite

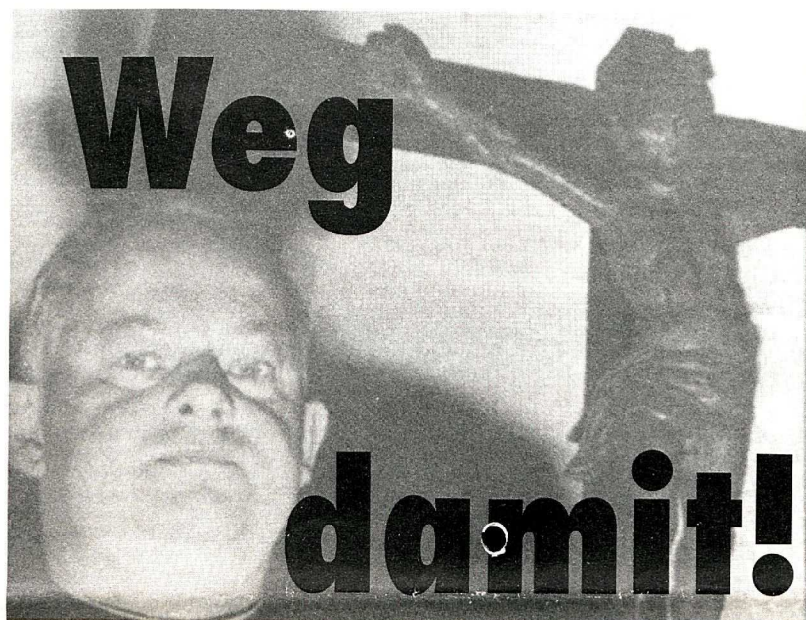
Laut Wirtschaftsforschungsinstitut soll die Regierung in den nächsten drei Jahren 150 Mrd einsparen. Fürs das Budget '96 fehlen 31-70 Mrd. Woher soll das Geld kommen? Die Antwort zeigte uns Sparpaket 1: Wir sollen zahlen. Gleichzeitig werden die gesellschaftlichen Reichtümer (z.B. gewinnbringende verstaatlichte Betriebe) an Unternehmer verschleudert.

lich sind. Außerdem bleiben „die Reichsten von den Kürzungen völlig verschont“, weil deren Einkommen „praktisch nicht erfassbar sind“ (Standard v. 26/27.8).

### Gewerkschaft muß handeln!

Beim letzten Sparpaket haben sich die führenden Gewerkschafter zuerst aufgeregt. Es gab ein paar Betriebsversammlungen, Aktionen etc. Die Regierung nahm trotz dieses sehr begrenzten Widerstandes einige schlimme Punkte zurück, setzte aber einige der schwersten Angriffe durch: Abschaffung des Gratis-schulbuches, Kürzungen bei Arbeitslosen, Müttern, Beamten. Die ÖGB-Spitze hat nicht nur weiterhin nichts unternommen, sondern letztlich dieser Politik zugestimmt. Für heuer ist zu befürchten, daß sie überhaupt keine Gegenwehr plant. Sie hat akzeptiert, daß gespart werden muß (warum eigentlich?) und sich von Unternehmern und Regierung in Verhandlungen einbinden lassen. Der als „kämpferisch“ geltende GPA-Chef Sallmutter umriß kürzlich die Leitlinien dieser Politik: „Alle, auch die Sozialpartner, wollen sparen. Man muß nur den Menschen reinen Wein einschenken.“

Der GPA-Chef sollte seine eigenen Publikationen lesen (GPA-Umverteilungsbroschüre). Die Einnahmen aus Arbeitnehmersteuern stiegen seit 1988 fast dreimal mehr als die der Unternehmer. Das entspricht nicht so ganz der rasanten Gewinnentwicklung - haben sich doch die Gewinne von 1989 auf 1993 fast verdoppelt. Es ist Handlungsbedarf gegeben. Wir müssen Druck machen gegen Sozialabbau und die Angriffe auf die Arbeitnehmer.



Das Kruzifix im Klassenzimmer ist das Überbleibsel aus einer Zeit, in der die Kirche das Leben der Menschen diktiert hätte. Millionen Menschen wurden im Zeichen des Kreuzes auf Scheiterhaufen verbrannt, in Kriege geschickt und ausgebeutet. „Ein Zeichen abendländischer Kultur“ wie Krenn, Haider und die ÖVP zur Kruzifixdebatte meinen?

von Timo Frühwirth  
JRE - Wien Ost

Das Verfassungsgericht in Karlsruhe stellte ursprünglich fest: In allen bayrischen Klassen, in denen sich Schüler durch das Kruzifix an der Wand in ihrer Glaubensfreiheit beeinträchtigt fühlen, sollten die Kreuze entfernt werden. Nun wird auch bei uns am Tabu „Kreuz in der Schulklasse“ gerüttelt. Daß es in Wirklichkeit um mehr geht als das Aufhängen einer Darstellung eines halbnackten Toten, liegt auf der Hand. Der Kampf gegen die skandalöse Verflechtung zwischen Kirche und Staat ist der eigentliche Inhalt der Auseinandersetzung.

### „Konkordat“ von 1933 noch gültig

Der österreichische Kruzifix- und Religionsunterrichtsparagraph stammt noch aus dem Konkordat aus dem Jahre 1933, dem sogenannten „Konkordat“. Dieser Vertrag (der 1960-64 in einem Zusatzabkommen wiederbestätigt worden ist) zwischen den späteren Austro-Faschisten und dem Vatikan ist also die Grundlage der religiösen Zwangsbeglückung.

Aber ist es wirklich so rechtfertigen, daß die Kirche, deren Religionslehrer den Staat jährlich 5,6 Millionen kosten, ihre Ideologien in einem Pflichtfach verbreiten kann. Denn die Suche nach einem anderen Verein (Umwelt-, Tierschutz-, Kartenver-

ein), den sich der Staat (also die Steuerzahler) jährlich etwa 15,6 Milliarden S kosten läßt, wird zur größten Wahrscheinlichkeit erfolglos bleiben. Wir kämpfen dagegen, daß Religion in welcher Form auch immer, in den Klassenzimmern eingetrichtert werden kann. Denn der Glaube ist und bleibt PRIVATSACHE. Für eine Schule ohne Kreuze und Pfarrer!

### SPÖ: Auf Seite der Fundamentalisten?

Die Sozialistische Jugend unter Obmann Karl Delfs scheint endlich wieder einmal aktiv zu werden. Sie plant nun, einen Schütler, der gegen das Kruzifixgesetz in Österreich klagt, mit Organisationsgeldern zu unterstützen. Ein guter Schritt. Nur wenn man nicht gleichzeitig versucht, Schüler aktiv zu mobilisieren - zu wenig. Für den Kartellverband handelt es sich jedenfalls eindeutig um: „Linke Gottlosigkeit“. Für die SP-Führung offensichtlich auch, denn sie zeigt sich über die Kreuzdebatte verärgert. Genauso wie mit dem Kapitalismus hat sich die Parteispitze auch mit der Kirche arrangiert. „Man wolle keinen Kulturkampf“. Wir schon, denn die „Kulturvorstellungen“ von Krenn & Co gehen uns auf den Geist.

### Grüner Rechtsruck

Ähnliche Ablehnung, aktiv zu werden wie von der SPÖ-Spitze, kam

auch von Seiten der „Grünen“. Diese scheinen nun endgültig ihre linksliberale Tarnkappe abgelegt zu haben, um ihr wahres politisches Gesicht zu zeigen. Der „grüne Rechtsruck“, der schon so lange ein Thema ist, scheint nun endgültig. Wie sonst soll man einschlägige Kommentare des Bildungssprechers oder auch die Erklärung der Klubobfrau Madeleine Petrovic:

„Ich bin praktizierende Katholikin.“

interpretieren? Wie kann man sich als führende Politikerin einer angeblich „systemverändernden“ Partei öffentlich einer der wesentlichen ideologischen Stützen des herrschenden Systems zugehörig erklären? Besonders bezeichnend ist, daß die Grünen in der Kruzifixfrage bis jetzt völlig mundtot sind. Will man die gerade gewonnenen ÖVP-Wählerschichten nicht verschrecken? Der Effekt dieser Politik von SPÖ und Grünen ist, daß sich Ex-F-Heide Schmidt als einzig wahre Opposition gegen Rechts präsentieren konnte.

### Die rechten Kräfte formieren sich

Der unheiligen Allianz Krone, Krenn und ÖVP rinnt der Geifer übers Kinn, wenn es um die Beschränkung ihrer Hausmacht, der katholischen Kirche, geht. Gut so, offensichtlich sehen diese Leute, daß ihre Stunde langsam schlägt. Die Zeit des Kirchenstaates ist vorbei!

- ⇒ Weg mit den Kreuzen aus dem öffentlichen Leben
- ⇒ Religion ist Privatsache
- ⇒ Für die völlige Trennung von Kirche und Staat - keinen Schilling für Krenn & Co

von David Mum,  
JRE-Wien West

Geplant ist: Beamte: mind. 2500 Posten weniger. Schulwesen: fast 2 Mrd. Alle Arbeitnehmer durch den Ökosteuerschnitt: 5 Mrd.

Im Gesundheitsbereich sollen 5000 Betten gestrichen werden. Außerdem stehen wir vor einem Generalangriff auf das Pensionssystem. Die Bundeswirtschaftskammer meint: „Die Leute müssen wieder länger arbeiten“ und „Wer früher in Pension geht, soll weniger bekommen“. Völliger Unsinn! Denn diese Verschläge erhöhen nur weiter die Arbeitslosigkeit. Außerdem geht jeder zweite Arbeitnehmer nicht freiwillig in Pension, sondern weil er krank von den Arbeitsbedingungen ist, die im Kapitalismus herrschen. Weiters sind in verschiedenen Bereichen „Strukturvereinbarungen“ - also Entlassungen, Kurzarbeit, Flexibilisierungen - Elin, OMV, Einzelhandel... - geplant.

### Staffelung der Sozialleistungen?

„Das Sozialsystem muß durchforstet werden, Besserverdienende sollen von gewissen Leistungen ausgeschlossen werden“, meinen führende SPÖ Politiker. Unter dem Deckmantel „sozialer Gerechtigkeit“ soll damit bei Geburtenbeihilfe, Pflegegeld, Wohnbauförderung und Familienbeihilfe gespart werden. In Wirklichkeit handelt es sich einmal mehr um einen Angriff auf große Teile der Arbeitnehmer. Der Standard kommentiert, daß Einsparungen, wie die Regierung sie sich vorstellt - 5-7 Mrd - nur bei „relativ tiefen Einkommensgrenzen“ mög-

## VORWÄRTS fordert:

- ⇒ Keine Sparmaßnahmen zu Lasten sozial Schwacher!
- ⇒ Laßt doch die Reichen zahlen!
- ⇒ ÖGB muß kämpfen!

Der Standpunkt:

Haider's „neue“ Kleider

Versenkte Haider mit der „Abkehr vom Deutschnationalismus“ einen rechtsextremen Fixstern im Sommerloch? Und gleichzeitig die dazugehörige Szene in der FP? Offensichtlich nicht! Denn sogar Umvolker „Mölzer“ erklärte sich solidarisch. Was will Haider jetzt? „Einen neuen österreichischen Patriotismus“... „Ehre, Treue und Familie“ und „1945 gab es keine Befreiung. Partisanen sind keine Widerstandskämpfer“ etc. Die „neue“ Politik besteht aus allen rechtsextremen Schemen. Sichtbar ist „Österreich zuerst“... Begehren hat er damals offiziell auch deutschnational... Haider bewies, daß er auch „österreichtümlich“ kann. Im fließenden ideologischen Spektrum der europäischen Rechten wurde in den letzten Jahren ein...historischer Ballast“ über Bord geworfen. Auch die italienischen Faschisten verabschiedeten sich formell von den Staatsideen Mussolinis. Doch nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung kann man daran die Änderung des Charakters einer Organisation festmachen. Denn unabhängig von der Anzahl der „echten“ Faschisten in einer Partei (die in der Allianz National/MSI sich die Mehrheit, in der FP)O eine beachtliche Minderheit stellen) und dem Willen der jeweiligen Führung, ist es zur Zeit nicht möglich, mit einem offen faschistischen Programm Wahlen zu gewinnen. Holocaustleugnung und gewalttätiger Rassismus weichen deshalb ideologisch weit interpretierbaren Programmen wie „Neuer Patriotismus“, „Kampf gegen die multikulturelle Gesellschaft“ und „für ein Europa der (ethnisch reinen) Regionen“. Angesichts sich entwickelnder sozialer Explosionen sollte verschreckten Kleinbürger und entzweitelten Arbeitnehmern eine neue politische Heimat angeboten werden. Gleichzeitig versucht man, sich einzelnen Flügeln der Unternehmern - deren eigene Parteien sich als zunehmend bruchschwach erweisen - anzubinden. Das erfordert den einen und anderen Rekrutagen.



von John Evers

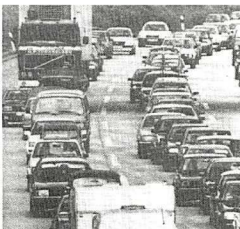
Ökosteuern sind Betrug!

Das neueste Steckenpferd vieler Politiker sind Ökosteuern. Sie sollen in Zukunft eingesetzt werden, um Österreich ökologischer zu machen. In Wirklichkeit wird das wachsende Umweltbewußtsein benutzt, um den Arbeitnehmern noch mehr aus der Tasche zu ziehen.

von Sonja Grusch

Ökosteuern klingen verlockend: Einerseits soll der Verbrauch knapper Ressourcen (wie z.B. Erdöl), andererseits die Verschmutzung der Umwelt eingeschränkt werden. Durch Steuern sollen Anreize geschaffen werden, auf alternative Rohstoffe/Produktionsmethoden umzusatteln. Gemäß dem Verursacherprinzip soll tatsächlich derjenige zahlen, der die Umwelt belastet. Das Problem ist aber, daß es für viele Arbeitnehmer oft einfach nicht möglich ist, sich „umweltfreundlicher“ zu verhalten. Z.B. Verkehr: Die kleinen Pendler mit ihren ohnehin niedrigen Einkommen zahlen weiter drauf. Die ÖBB sperren Nebenbahnen, streichen Vergünstigungen und erhöhen Preise. In den Städten sind die „Öffis“ teuer und v.a. in der Nacht unzureichend. Es sind die selben Politiker die beim öffentlichen Verkehr „Privatisierung“ und „Kostendeckung“ fordern und gleichzeitig - über die Umweltzerstörung betroffen - den Benzinzpreis heben. Die meisten Menschen würden bei einer Benzinzpreiserhöhung nicht weniger Autofahren. Und wenn Benzin 100,-/l kostet? Dann wäre das Auto wie einst ein Privileg der Oberen schlicht. Natürlich ist es Unsinn, wenn uns die Autokonzerne einhängern...Jeder muß einen PKW besitzen - jeder muß die F sagt „freie Fahrt für freie Bürger“. Fahrbeschränkungen soll es geben, wo immer es irgendwie möglich und sinnvoll ist. Tempo 30, Fahrverbotszonen,...aber das bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Das wichtigste bei den Ökosteuerplänen ist allen - von den Grünen bis zum ÖVP - daß die Wirtschaft nicht belastet wird. Das ist ein sehr gefährliches Ziel. Denn die Ökosteuern sind Betrug! Sie sollen in Zukunft eingesetzt werden, um Österreich ökologischer zu machen. In Wirklichkeit wird das wachsende Umweltbewußtsein benutzt, um den Arbeitnehmern noch mehr aus der Tasche zu ziehen. Das ist ein sehr gefährliches Ziel. Denn die Ökosteuern sind Betrug! Sie sollen in Zukunft eingesetzt werden, um Österreich ökologischer zu machen. In Wirklichkeit wird das wachsende Umweltbewußtsein benutzt, um den Arbeitnehmern noch mehr aus der Tasche zu ziehen.



Viele fahren Auto - die Bahn ist zu teuer!

Aber für uns werden keine Steuern gekürzt - höchstens Sozialleistungen. Am deutlichsten sieht man die Widersprüche bei der Diskussion um die Autobahnen Maut: Erstens geht's um uns Geld. Zweitens soll jeder eingenommene Schilling in den Straßenbau gesteckt werden. Mehr Straßen bedeuten mehr Verkehr. Mehr Verkehr wird auch hier die Privatisierung diskutiert. Warum sollte ein privater Straßenbauer und Erhalter aber irgend ein anders Interesse haben, als daß seine - bemauteten - Straßen möglichst viel befahren werden. Dort wo er ein Monopol auf den Verkehr hat, wird er kassieren, dort wo es Konkurrenz durch die Bahn gibt, wird er es billig bis gratis machen.

Natürlich ist Umweltschutz zentral - aber diese Ökosteuern werden nicht viel nützen. Der Staat ist nicht unabhängig von der Wirtschaft, sondern wird von ihr kontrolliert. Daher sind auch die Gesetze und Regelungen, die er erläßt, niemals wirklich unabhängig von der Wirtschaft. Das System, in dem wir leben, orientiert sich nicht nach unseren Bedürfnissen, sondern nur an jenen der Wirtschaft. Und dazu gehört eine saubere Umwelt sicher nicht.

Schluß mit der Diskriminierung Homosexueller!

Ein Aufschrei der Empörung ging durch die Medien. Von Paradoxkonvention über das Liberale Forum bis zu selbsternannten „Linken“ wurde Kurt Krickler (HOSI-Funktionär) zum Bösewicht, der keine Rücksicht auf die „persönliche Freiheit“ nahm, wie vier der bekanntesten Bischöfe als homosexuell „outete“.

von Claudia Sorger, SJ 3

Die entstandene Aufregung zeigt, daß es um mehr geht als die angebl. persönliche Freiheit. Kirche und ÖVP wollen ihre konservativen Positionen beibehalten und das bedeutet weitere Diskriminierung von Schwulen und Lesben. Anfang Juni setzte die ÖVP im Parlament durch, daß das Opferlosungsvergesetz weiterhin nicht für Homosexuelle gelten soll und somit Homosexuelle keine einheitliche Gruppe, sondern Menschen jeder Gesellschaftsschicht, die auch selbst für die Diskriminierung von Schwulen und Lesben stehen können wie auch die vier geouteten Bischöfe als Vertreter der katholischen Kirche. Und wenn Gerry Keszler, Organisator des Life-Aids-Balls, das Outing mit den Methoden des Dritten Reichs vergleicht, dann zeigt das nicht nur Blödsinn, sondern auch eine Ignoranz und Abgelassenheit, die mit den Problemen von Lesben,

die ihre Homosexualität nicht ausleben können, nichts zu tun hat. Das strafrechtliche Vorgehen gegen Krickler durch mehrere Anzeigen, auch vom ÖVP-Admiralbüro zeigt, wie Homosexualität von der „herrschenden Moral“ betrachtet wird. Als schlimmes Mißverhalten bezeichnet und Krickler als bemitleidenswerten Verzweiflungskandidat abstempelt. Doch wie kann jemand als Verzweiflungskandidat bezeichnet werden, der den Mut hat, durch eine solche Aktion die weiter bestehende Diskriminierung von Homosexuellen in die öffentliche Diskussion zu bringen und gleichzeitig die Rolle von Politik und Kirche aufzuzeigen? Außerdem sind Homosexuelle keine einheitliche Gruppe, sondern Menschen jeder Gesellschaftsschicht, die auch selbst für die Diskriminierung von Schwulen und Lesben stehen können wie auch die vier geouteten Bischöfe als Vertreter der katholischen Kirche. Und wenn Gerry Keszler, Organisator des Life-Aids-Balls, das Outing mit den Methoden des Dritten Reichs vergleicht, dann zeigt das nicht nur Blödsinn, sondern auch eine Ignoranz und Abgelassenheit, die mit den Problemen von Lesben,

Ausländer raus aus Hollywood?

In Ternitz dürfen Ausländerfeinde seit Jahren ungestraft ausländische Jugendliche schikanieren! Im Lokal Hollywood werden sie einfach nicht bedient. Jugend gegen Rassismus ist gemeinsam mit ausländischen Jugendlichen in Ternitz dagegen aktiv geworden.

von Martin Birnstiel, JRE-Wiener Neustadt, Jugend gegen Faschismus

Am Samstag, dem 19. August 1995, wollte eine Gruppe JRE-Aktivistinnen aus Ternitz, Wiener Neustadt und Wien das Lokal "HOLLYWOOD" in Ternitz (NÖ) besuchen. Mit dabei: fünf jugendliche türkische Staatsbürgerinnen bzw. Österreicher türkischer Abstammung. Von diesen wollten wir nämlich, daß sie, da sie Ausländer sind, in diesem Lokal nicht bedient werden. Das konnten wir natürlich nicht so hinnehmen und deswegen kam es zu der gemeinsamen Aktion.

In mehreren Gruppen gingen wir ins Lokal. Als wir Getränke bestellen wollten, nahm die Kellnerin die Bestellung zwar auf, die Getränke jedoch nicht serviert. Nach über einer halben Stunde fragten wir nach dem Grund. Die Antwort war deutlich: Die "Österreicher" werden sehr wohl bedient, "Ausländer" aber würden hier nicht bedient. Als Grund wurde behauptet, daß diese angeblich immer Streitereien und Prügeleien anzetteln - eine Lüge. Ein Überlebensmesser, das im Lager



Bei Jugend gegen Rassismus in Europa! Am 12.9. gibt es eine Veranstaltung mit den kurdisch/türkischen Kollegen: „...weil sie halt Ausländer sind - rassistische Diskriminierung aus der Sicht Betroffener.“ Ort: Saal der VHS Neustädter Nachrichten, Kolonitschg. 21 2700 Wr. Neustadt.

Plattform gegen das Belastungspaket Jetzt aktiv werden!

von Michael Gehmacher

Es ist offensichtlich, daß nach dem Sparkapital I, mit verschärfter Gangart weiter gehen die arbeitende Bevölkerung vorgegangen wird. Beim bundesweiten Widerstand gegen den Sozialabbau im Frühjahr hat die Plattform gegen das Belastungspaket eine zentrale Rolle gespielt. Gemeinsam mit anderen Organisationen waren VORWÄRTS-Aktivisten in der Plattform sehr aktiv. Gleichzeitig forderten wir von Beginn an eine starke Ausrichtung der Plattform auf Gewerkschaften sowie den Aufbau von örtlichen Strukturen

Arbeitskämpfe wie beim „Interkulturellen Lernen“. Leider fand doreille bei den Aktivitäten anderer Organisationen, die an der Plattform teilnehmen, wenig Anklang. Insgesamt gab es seit der Großdemonstration vom 25.3.1995 keine öffentlichen Plattform-Aktionen. Das ändert sich jetzt. Am 16.9.95 findet ein „sozialer Ratschlag“ in Wien statt. Dort soll ein sozialer „Grundrechtekatalog“ beschlossen werden. Es ist weniger entscheidend, jede Forderung in „Tupfeln“ auszudiskutieren, als konkret zu beraten, für welche Aktivitäten der Grundrechtekatalog gut sein wird. Wir schlagen die Abhaltung eines „Arbeitskreises zur Gewerkschaftspolitik vor. Denn einer der wichtigsten Punkte ist, daß die Plattform beginnt, sich - z.B. beim OGB-Kongress im Oktober - als linke Opposition im Gewerkschaftsbund zu präsentieren. Insgesamt muß der „Soziale Ratschlag“ zum „Funken“ für den Aufbau einer wirklichen bundesweiten Bewegung von Arbeitnehmern und Jugendlichen gegen Kürzungen werden.



lokale Bewegungen aufgreifen zu können. VORWÄRTS setzte auch Aktionen in diese Richtung. „Guten Morgen OGB“ war z.B. eine Initiative, die von über 100 Betriebsräten und Personalratmitgliedern getragen wurde. Gleichzeitig unterstützen wir

Wer ist der Oasch beim BIL-?

JRE-Aktivistin, Wr. Neustadt

Ich verbrachte 6 Wochen meiner Ferien als Regalbetreuer - in einer kleinen BIL-FA. Nach einer Einschulung von fünf Minuten war ich dem Einschnittsamt gemäß Regaltemen und Regalnummern mächtig. Ich durfte sodann die täglichen Lieferungen vom Containerherunter auf Vollständigkeit kontrollieren und in Verabzählte vorgesehene Regale einschichten. Was nicht ins Regal paßt, wird oberhalb aufgetürmt. Der Tagesablauf ist vorgegeben. Am Morgen die Ware übernehmen (auf Vollständigkeit prüfen) und sich mit dem Ausräumen der Waren bis zum Ende der Arbeitszeit Letzt lassen. Ist die Ware weggeschichtet und die Arbeitszeit ungenügend? Wie noch nicht um, so kann die Aushilfe damit rechnen. Ware vom Oberlager in die Regale zu räumen. Eine recht spannende Angelegenheit, da oftmals die benötigte Ware in dem untersten Karton zu finden ist. Ja, ich schau' auf die Uhr, der Tag neigt sich seinem Ende und Arbeitsruhe. Zu einer Stunde vor Geschäftsschluß darf mit dem Pärzen begonnen werden. Es gibt eine Sauberkeitscheckliste, die uns aufzeigt, was alles sauber sein sollte. Die Aushilfe ist als letzte Glied in der Kette der Beschäftigten. Ganz oben steht der (männliche) Filialleiter, dann sein/eine Stellvertreter(in) (meist weiblich), dann kommen die Damen an der Kassa, die auch gleichzeitig Regalbetreuung machen, die Lehrlinge und zuletzt die Aushilfe. Diese werden auch ganz gerne von den Lehrlingen herkommandiert, wobei da deren eigene Frustration

Kurz & Bündig

Aus für Wiener Aids Hilfe?

Die Wiener Aids Hilfe hat durch ihr offensives, mutiges Auftreten vielen Menschen das Leben gerettet oder ihre Krankheit erträglicher gemacht. Nun scheint die Institution selbst zum Sterben verurteilt. Der Grund: Ernsthafte Probleme mit dem Geldgeber dem Bundesministerium für Gesundheit. Bereits nach dem Sparkapital I, im Herbst 94, erhielt die Aids Hilfe nur ein Übergangsbudget bis Mai 95. Dann fanden neue Verhandlungen statt. Diese wurden am 10.5.95 abgeschlossen. Der Vertrag kam aber angeblich erst im Juli bei der Aids Hilfe an. (D.h. Juni und Juli kein Geld.) Das Ministerium soll aber den mündlichen Vertrag einseitig zu ungunsten der Aids Hilfe geändert haben. Der Vorstand mußte wegen stockender Geldüberweisungen alle 26 Beschäftigten per September kündigen. Derzeit scheinen noch Gespräche mit dem Ministerium zu laufen. Die Betriebsräte geben keine Auskunft. Sie haben Angst, die Verhandlungen zu gefährden. Eine falsche Strategie - die meist auch von der Gewerkschaft unterstützt wird - die, wie das Ende von Projekten wie die IKL zeigt, in die Niederlage führt.

Gewalt gegen Frauen

Bis zu 315.000 Frauen werden jährlich mißbraucht, so der Bericht des Frauenministeriums. Nach offiziellen Schätzungen wird jede dritte Frau bzw. Mädchen mindestens einmal in ihrem Leben mißbraucht. Der Einrichtung „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“ gewährte der Gemeinderat heuer allerdings letztendlich eine Subvention von öS 300.000.- Mit dem Argument, die Gemeinde wolle einen eigenen Telephonnotdienst einrichten, entlidigt man sich des Notrufes.

Junge Freiheit Österreich

Das bekannte rechtsistische deutsche Blatt „Junge Freiheit“ hat in Österreich einen Ableger gegründet. Mit „Umvolker“ Mälzer soll dem österreichischen Publikum Ideologie verabreicht werden. Wohl auch als Reaktion auf die Aktionen von JRE gegen Trafikanten, die die „Junge Freiheit“ verkauften, wird darauf hingewiesen, daß man sie auch direkt beziehen kann...Rufen Sie mich, wo Sie Schwierigkeiten beim Kauf der JW erleben“.

Rekord bei Entlassungen

1995 haben bisher 25.000 Arbeitnehmer wegen Insolvenzen ihren Job verloren. Fast dreimal soviel wie im gleichen Zeitraum 94. Ursachen der Insolvenzen: in 2/3 der Fälle sind es innerbetriebliche Mängel und zwar solche, bei denen die Schuld einzig beim Unternehmer zu suchen ist.

Was will VORWÄRTS

Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der „3.“ Welt sterben täglich zehntausende Menschen, die Umweltverschmutzung wird zunehmend zu einem unlösbaren Problem, und auch in den westlichen Industriestaaten wie Österreich leiden immer mehr Lohnabhängige unter Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite wird eine kleine Minderheit von Unternehmern reicher und reicher. Die Arbeitsplätze der kapitalistischen Gesellschaft ist überflüssig. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt sinnvoll genutzt bzw. gerecht verteilt, müßte kein Mensch mehr hungern und die Umweltverschmutzung könnte beendet werden.

Ein paar Reformen können da nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hebel der gesellschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Die Wirtschaft muß in Gemeineigentum übergeführt und demokratisch geplant werden, damit nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur und nicht auf Profit produziert wird. Durch demokratische Entscheidungen und die Abschaffung von Privilegien wird verhindert, daß das System bürokratisch und diktatorisch wird, wie der Sozialismus Österreichs, den wir immer bekämpft haben. VORWÄRTS ist eine unabhängige marxistische Bewegung. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen das Kapital, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Gesellschaft. VORWÄRTS ist Teil einer internationalen Bewegung, die in fast allen Ländern Ost- und Westeuropas und in vielen Ländern auf dem Kontinent der dritten Welt kämpft. Wir setzen uns gegen die Angriffe des Kapitals auf politische und soziale Rechte, die die Arbeiterbewegung durchgesetzt hat. VORWÄRTS-Aktivisten sind dort vertreten, wo sich jugendliche und arbeitende Menschen für ihre Interessen organisieren. Wir sind aktiv in der österreichischen Sektion von „Jugend gegen Rassismus in Europa“, dem „Antifaschistischen Komitee Österreich“, dessen Gründung wir initiierten und in der FPÖ kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteilähmung und für einen sozialistischen Kurswechsel. VORWÄRTS-Aktivisten treten als Gewerkschafter und Betriebsräte für eine konsequente Vertretung ihrer in- und ausländischen Kollegen ein und setzen sich gegen die Sozialpartnerschaft und für eine kämpferische Interessensvertretung ein.

Mit unserer Zeitung VORWÄRTS wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse als Alternative zu den bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir sind unabhängig von Parteien, Unternehmern und Inseraten. Unsere Zeitung wird ausschließlich von unseren Unterstützern und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstütz, werde aktiv und mach mit bei VORWÄRTS.

Verantwortung: Herausgeber und f.d.V.: Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie. P.O. BOX Wien Druck: Druckerei Beske, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23. Herstellung und Vertrieb: Wien.



# Linke Antworten auf rechte Propaganda

„Leben wir in einer Mediengesellschaft, in der in Wirklichkeit Fernsehen und Zeitungen regieren und perfekt manipulieren?“ Oder sind die Medien „unabhängig und objektiv“, wie auch die „Krone“ von sich behauptet. Und wie sieht es mit der „Vielfalt“ und dem „freien Spiel der Meinungen“ aus?

von Michael Gehmacher

Information ist eines der zentralen demokratischen Rechte. Doch selbst im liberalsten „bürgerlichen Rechtsstaat“ gibt es Mitteilungen, die 99,9 % der Bevölkerung verheimlicht werden: Die Buchhaltung von Großkonzernen und Banken, Geheimdiplomatie, staatspolitische Aktivitäten... Auch bei Zeitungs- oder Rundfunkberichten wird genau bestimmt, welche Informationen in welcher Form weitergegeben werden.

Dabei kommt es selbstverständlich auch auf die Zielgruppe des jeweiligen Mediums an: Würde eine Zeitung wie die Wirtschaftswoche so plump und uninformativ schreiben wie die Krone (und umgekehrt), würde das jeweilige Klientel wohl bald abhandeln kommen. Gemeinsamer Grundsatz fast aller Medien ist aber der Erhalt und die Verteidigung der bestehenden kapitalistischen Ordnungen. Das ist kein Wunder - gehören sie doch selbst meist zu kapitalistischen Großkonzernen.

### Internationale Medienkonzerne

Medien machen zwar nicht direkt Politik, spielen aber eine wichtige Rolle bei der Verbreitung und Propagierung der Politik, welche dem Großteil der Kapitalisten gerade genehm ist. Beim Golfkrieg war es wesentlich - angesichts einer sich ausbreitenden Antikriegsbewegung - daß „objektive CNN-Bilder vom sauberen Compu-

### Staatliche Presseförderung 1995:

Krone	5.161.323,87
Kurier	4.129.059,10
Standard	40.116.289,55
Presse	33.876.106,00
NFZ	1.432.255,00

An diesen Beispielen kann man sehen, wieviel Geld den bürgerlichen Medien in den Rücken geworfen wird, während unabhängige linke Medien wie z.B. das Tatblatt sogar wie nichts bekommen. Profitorientierten Medien steht unserer Meinung nach kein einziger Schilling Steuergeld zu. Stattdessen sollten damit nichtkommerzielle Medien gefördert werden.

### Österreich: Allmacht der Mediapraktik

Die „größte Tageszeitung der Welt“ - die Kronenzeitung wurde 1959 von Hans Dichand und dem ehemaligen Persil-Manager Kurt Falk gegründet. ÖGB-Präsident Franz Olah unterstützt die Zeitungsrundung illegalerweise mit 3,2 Millionen Schilling aus der Beitragskassa der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft. 1987 kaufte der deutsche WAZ-Konzern den Anteil von 45% für 1,6 Milliarden Schilling. Mit diesem Geld kaufte sich Dichand von Falk los.

1988 kaufte der WAZ-Konzern 45% vom Kurier (inzwischen besitzt er 49%). Wenig später gründete die Krone KG und Kurier KG die „Media-Print-GesmbH.“, deren Chef Hans Dichand war. Das Imperium wächst weiter, heute gehören dazu nicht nur die auflagenstärkste und die drittstärkste Tageszeitung, sondern auch einige Subunternehmer - mehr als der ORF hat.

Zur Kurier-Gruppe gehören die Wirtschaftswoche sowie die Wochenzeitungen PROFIL, BASTA, Rennbahnexpress und der Trend; außerdem 54% des ORAC Verlages sowie SAT1.

Das Imperium aus WAZ und Hans Dichand beherrscht nicht nur die wichtigsten Wochenzeitungen, sondern ist auch über SAT1 auf ein allfälliges Fällen des ORF Monopols gut vorbereitet. FPÖ und ÖVP, die gegen das ORF-Monopol mobil machen, meinen, daß „Krone-Vielfalt“ bedeuten, daß „Krone-Fernsehen“ bedeuten sollte. Die „Kronenzeitung“ enthält gar keine. Geht es nicht viel mehr um einen starken medialen Bündnispartner im Kampf um die „Dritte Republik“?

### Andere Zeitungen

Gewerkschaftsfeind Kurt Falk - er entließ Drucker, die einen Betriebsrat wählen wollten, ist der schärfste Rivale von Hans Dichand. Sein Bilgiblatt „Tägliches Leben“ kämpft mit 550.000 Lesern bereits um Platz 2.

Am 19.10.1988 startete der Standard mit einer Startauflage von 60.000. Er gehört der Oscar Bronner GmbH an, der sich bei der Gründung der deutsche Axel Springer Verlag mit 50% und einem Kapital von 280 Millionen beteiligte. Oscar Bronner kaufte sich Anfang des Jah-

res von Springer frei. Springer hält auch noch 45% der „Tiroler Tageszeitung“.

Die „Presse“ hält bei ca. 80.000 Auflage, sie gehört de facto der Bundeswirtschaftskammer und der katholischen Kirche (Styria-Verlag). Der Styria Verlag gibt außerdem die „Kleine Zeitung“ heraus. Sie ist die größte Bundesländer Zeitung, hält eine Druckauflage von 277.268 Stück und ist die vierstärkste Tageszeitung.

Die katholische Kirche gibt außerdem noch die NON (Niederösterreichische Nachrichten) heraus.

Die Vorarlberger Tageszeitungen sind in Familienbesitz. Die „Vorarlberger Nachrichten“ (Auflage 1992 73.929) und die „Neue Vorarlberger Tageszeitung“ (Auflage 1992 30.459) gehören beide der Eugen Ruß Vorarlberger Zeitungsverlags und Druckerei GmbH.

### Das Versagen der SPÖ

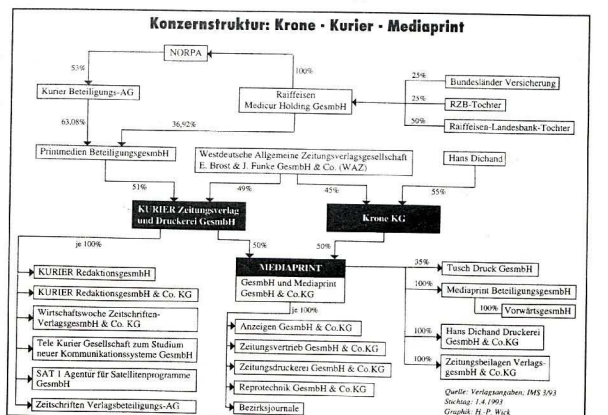
Genauso wie sich die SPÖ-Spitze im Laufe der Jahre an die Politik der Bürgerlichen anpaßte, gab sie auch den Kampf um eine alternative Medienpolitik auf. Die AZ wurde mit der Begründung der „unangehenden Leserschaft“ zuerst verkauft und dann eingestellt. Kein Wunder, daß für ein Regierungsjubiläum kein Interesse bestand. Es gab keine Mobilisierung von Seiten der Parteiführung für eine sozialistische Tagespresse. Dafür überließ man dann der ehemaligen AZ-Redaktion den erfolgreichen Kampf für eine „linksliberale“ Zeitung. Doch selbst dabei wurde sie verraten und verkauft.

1989 kaufte die Mediapraktik die sozialdemokratische Druckerei „Vorwärts GmbH“ (hat nichts mit unserem VORWÄRTS zu tun). Zum symbolischen Kaufpreis von einem Schilling. Als Dichand & Co 1991 plötzlich die Druckkosten für die AZ verdoppelten, bedeutete dies das entgeltliche „AUS“ der Falk-Druckerei 200 Millionen - Arbeitsplatzerhaltung aus öffentlicher Hand - gegeben, ein Betrag, mit dem man laut Journalistengewerkschaft, die AZ hätte retten können. Die alten Vorwärts-Druckmaschinen wurden in Salzburg wieder aufgestellt, wo Mediapraktik und Salzburger Nachrichten gemeinsam ein Druckzentrum aufbauten. Dafür gab die öffentliche Hand 100 Millionen Schilling. Die SPÖ-Führung hat all diese Maßnahmen mitwilligt. Sie bringt heute nicht einmal mehr ein Gesetz gegen die Medienkonzentration ein.

### Wie gegen KroKuWAZ kämpfen?

Die Mediapraktik versuchte 1991 die journalistische Macht im Bereich der Kurier-Wochenzeitungen mit verschiedenen Personen abzusichern. So wurde der damalige PROFIL-Chef Peter Rabi (heute ORF „Zur Sache“) in den Kurier geholt. Worauf die Profil-Journalisten in einen unbefristeten Streik traten, da sie sich in ihrer Unabhängigkeit gefährdet sahen. Dieser wurde von der Gewerkschaft mitgetragen und war erfolgreich. Peter Rabi verließ das PROFIL und Hubertus Czernin rückte nach. Der Profil-Streik war bis heute der einzige neuenerworbene Widerstand.

Der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft Franz C. Bauer (Journalist bei der Wirtschaftswoche-Mediapraktik) zeigte in einem Interview, daß das Vertrauen in die Regierung weitgehend erloschen ist. „Heute fürchtet man (die Politiker) sich vor Krone und Kurier gemeinsam noch viel mehr. Man wird sich einfach nicht trauen hier eine Lösung zu fordern, die auch rückwirkend wirksam werden könnte...“ meint Bauer und gibt sich weiter kämpferisch an. „Der Streik hat gezeigt, wofür eine Ge-



einer solchen Mediengesellschaft wesentlich stärker. In der jetzigen Situation sollte die Journalistengewerkschaft z.B. mit gemeinsamen Veranstaltungen und Organisation der Zeitungsverkäufer beginnen, eine Mediengewerkschaft aufzubauen. Im ÖGB mit man den Druck verstärken, z.B. indem man den Antrag der HPGD zum ÖGB-Kongress nach einem eigenen ÖGB-Radiosender unterstützt. Letztlich kommt es darauf an, daß die Arbeiterbewegung unabhängig von den großen Medienkonzernen ihre eigenen Informationsstrukturen aufbaut.

### „Linksliberale“ Strategien greifen nicht!

Der Falter führt seit einigen Jahren einen Kampf gegen die Mediapraktik. Jeder Leitkommentar endet mit dem inzwischen berühmten Satz: „... in übrigen glaube ich, muß die Mediapraktik zerschlagen werden“ (jetzt sogar als T-Shirt). Aber die Strategie gegen rechte Politiker und reaktionäre Medien von linksliberalen Intellektuellen à la Thurnher greift nicht wirklich. Es wird versucht, der unheiligen Allianz aus Mediapraktik und Haider eine heilige Allianz aus linksliberalen Medien und „mediengerechten“ linken Politikern gegenüberzustellen. Schlanke Madeine Petrovics und moderne Spier gemeinsam mit Falter und Standard und ein paar kritischen ORF Journalisten werden Haider nicht aufhalten können.

In Deutschland hilft die SPD dem Medienzaren Ludwig Thoma (vor allem RTL) und Rudolf Scharping darf sich dafür als Anti-Berlusconi profilieren; mitmäßigem Erfolg (dabei auch der ewige Streit: Wer ist der beste Fernsehstar Gerhard Schröder, Oscar Lafontaine oder Das Rudolf Scharping). Grüne und PDS ersetzen mit Fischer und Gysi auch Programme und Aktivitäten, nach

dem Motto „Der Medienstar ist alles, die Bewegung nichts“. Doch Grund dafür, daß die SPD noch immer nicht den Kanzler stellt, ist ihre rechte Politik (Die sie oft von der bürgerlichen Presse beklammert, medial „gut“ ruhebrügert). Gerade auch die PDS ist der beste Beweis dafür: Gysi wird für das geschickt, wofür er von den Zeitungen mit Schmutz beworfen wird; er zeigt es denen da oben. Doch obwohl er im Westen sehr gefragt ist, hat die PDS nur 0,3%, während sie in der Ex-DDR an die 20% Marke kommt. Weil die PDS dort nämlich als mitgliederstärkste Partei ein realer Faktor ist und der Kapitalismus offensichtlich nur Niedrigung und Verfall für die Menschen bedeutet.

Wie in anderen Ländern, geistert auch bei uns die Idee eines linken Medienkartells. Dies es link mit dem Geld „liberaler“ Unternehmer von oben ihr aufgebaut werden. Die Idee wurde im wesentlichen in Italien unter Federführung von PDS- Ideologen sowie dem Medienkritiker Umberto Eco erfinden und klammert die soziale Frage und die Massenmobilisierung vollkommen aus. Das Anti-Berlusconi-Konzept der Liberales hat noch einen zweiten Haken: Grüne und Sozialdemokraten werden

### Die angeblich „objektive“ Medien

„Viele Deutsche für Mehrarbeit und Lohnverzicht“ heißt es in der „Presse“ vom 8.8.95. Fleißig muß man halt sein, denken viele Leser. In der Krone vom 3.5.95 klärt Staber über die wahren Schulden der Konsumpleite auf, wie nämlich „... Betriebsrat und Gewerkschaft jede vernünftige Sanierungsmaßnahme hintertreiben haben“. Eine Verdrängung der Tatsachen, denn die soziale Situation der Konsumbeschäftigten war keineswegs besser als in anderen Handelsländern. Besonders aktiv ist die Krone in Sachen Rechtsextremismus. Z.B. Herr Strudel vom 30.6. 95: „Zerst samna von den Russen befreit worden, jetzt hamma a Bajuwarische Befreiungs-

armee. Wann wird ma endl draufkommen, daß wir Österreicher gar net befreit werden wollen?“ Hier knüpft die Krone an klassische Argumente der rechtsextremen Szene an: 1) Kommunisten gleich Faschisten und Terroristen! 2) 1945 fand keine Befreiung statt. Die wahren Feinde der Demokratie werden schnell entlarvt.

„Linksextreme risten zu Terror gegen Politiker und Wirtschaft“ schreibt die Krone vom 5.2.95 - ausgerechnet an dem Tag, als man die Toten von Oberwart fand. Extrem heizen alle Medien bei Arbeitskämpfen z.B. beim AUA-Streik. „Streiktag kostet der AUA 12 Millionen.“ titelt die Krone, im Blattinneren geht es

mit einem Hetzartikel weiter: „Chaos in der Luft und am Boden.“ eine Herzscherz-Reportage über die armen Passagiere, die festsitzen... Frau Heigel aus Linz kann nicht zu einer Hochzeit nach Saloniki, dabei hat sie „extra eine Lizenzerteilung bekommen.“ „Die AUA-Leute sollten froh sein, daß sie überhaupt eine Arbeit haben“, meint ein Rentner aus Klagenfurt. Den Lesern wird eine „Stimme aus dem Volk“ vorgespielt.

Teile und herrsche ist das Prinzip, das hinter einer derartigen „Berichterstattung“ steht. Abgelencet werden soll von den Reichen und den Bonzen. Und die Schuld wird anderen in die Schuhe geschoben.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für ein e Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
• Ein VORWÄRTS-ABO für:
• 5 Nummern zu 85 (inkl. Porto)
• 10 Nummern zu 160 (inkl. Porto)
• Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
• 5 Nummern zu 65 100 (inkl. Porto)
• 10 Nummern zu 125 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
• zu Veranstaltungen eingeladen werden.
• VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
• Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
• 13.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
• Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
• 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
• Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
• Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie untergehen!
• Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
• Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
• Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
• Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien!
• Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
• Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
• Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
• Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplätzen, Gewerkschaft und SPÖ!
• Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
• Facharbeiterlöhne für Funktionäre, um bürokratische Ausschüsse zu verhindern!
• Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

... ja, ja das vielversätere Sommerloch. Und es hat auch uns erreicht. Mit 68 17.649,40 haben wir rund ein Drittel unseres Juli/August-Ziels erreicht und fliegen jetzt bei 52,2 % unseres Gesamtjahresziels.
Doch nach dem heißen Sommer kommt jetzt ein „heißer“ Herbst. Die schon jetzt stattfindenden Budget-Gespräche verheißen wieder enorme Kürzungen und somit auch Proteste dagegen. Und da werden wir dabei sein! Bei den Schülern, Studenten und Lehrlingen. Bei den alleinerziehenden Müttern und bei den Familien. Bei den ArbeiterInnen und bei den sozial Schwachen. Denn wir ergreifen Partei!
Der Artikel im Blattenernen Zeit, wie wichtig es ist, wirklich unabhängige Medien aufzubauen, die nicht im Sinne und für die Herrschenden publizieren. VORWÄRTS ist solch eine unabhängige Zeitung und ist gerade deshalb von seinen Lesern und Unterstützern und von diesen „abhängig“. Also, es ist, kommt, abonniert VORWÄRTS und unterstützt uns mit Spenden, damit VORWÄRTS weiter aufgebaut werden kann.

KampffondsAktuell
52,2%
50% 70% 80% 90% 100%
PSK 8812.733

Termine

- 12.9.95: ... weil sie halt Ausländer sind - über ihre Aktionen berichtet die JRE-Wien-Neustadt
13.9.95: "Wie sollen Gewerkschafter gegen rechte Hetzer kämpfen?" fragt sich der GewerkschaftsStammstisch um 19 Uhr in 3. Lechnerstr.2-4
14.9.95: Die JRE-Wien Nord diskutiert, wie man sich "vom Religionsunterricht abmelden" kann.
15.9.95: Die JRE-Wien West sagt "NEIN zu den französischen Atomversuchen!"
22.9.95: "Wie stellen wir uns Schule vor" - ein Projektabend von JRE-Wien Süd
23.9.95: Die SJ-Wels Barrikade diskutiert "Wie weiter?"
28.9.95: "Aufstand in Mexiko" ist das Thema der JRE-Wien Ost

7.10.1995 um 17 Uhr:
" Ist der Sozialismus gescheitert? "
20, Höchststadtplatz 3, Eingang Meldemannstraße

Wo ihr uns treffen könnt:
Wien
"Uns recht's" -
SozialistInnen in der SPÖ
wählen sich
Termine
bei der Redaktion nachfragen

JRE Wien Süd:
jeden Freitag 19 Uhr
5. „Rotpunkt“
Reinprechtshofstr.6

JRE Wien West:
jeden Freitag 19 Uhr
7.Siebensterng.31

JRE Wien Nord:
jeden Donnerstag 18 Uhr-45
20, Altheiligenplatz 17
Ecke Donauwiesengraben /
Vogartenstraße

JRE Wien Ost
jeden Donnerstag 19 Uhr
"ARENA" 3, Baumg.80

Bundesländer
SJ Wels Gruppe Barrikade
jeden Freitag, 18 Uhr
Ecke Loysr-/Eisenhowerstr.
Wels

Jugend gegen Faschismus/
Wiener Neustadt
jeden Dienstag 18 Uhr 30
Wi.Neustädter Nachrichten
Kollonitschgasse 12, 1.Sock
Infos zu Linz und Salzburg:
0222/ 59 70 432

VORWÄRTS
Shop
TEXTE
von und über
LEO TROTZKI
um 65 30,-
zu bestellen

VORWÄRTS - Was wir wollen
66 Seiten, 40 65
Gegen Nazis T-Shirt
weiß / oder XL, 105 120,-
Gegen Nazis Buttons 65 15,-
Materialliste 65 10,-
Versand erfolgt nach Einlangen
des Geldes auf unserem Konto
PSK 8812.733

VORWÄRTS Jugend und Kultur
Abmelden von Religion!!! Sommer, Sonne, Sozialismus!

Alle Jahre wieder Schulanfang. Alle Jahre wieder der Streif mit der Religionsabmeldung. Du bist dabei - bei der Kirche von Krenn&Co - obwohl Du gar nicht beizutreten bist.
von Karin Wottawa,
JRE-Wien Nord
Auch an den österreichischen Schulen ist der konfessionelle Religionsunterricht immer noch ein Pflichtgegenstand. Niemand stellt die Frage, ob Religionsunterricht überhaupt prinzipiell Platz in der Schule haben muß. Wir sind der Meinung, daß religiöser Glaube Privatsache ist und genauso gut außerhalb der Schule, wenn immer der/die Betreffende das will, praktiziert werden kann, aber in der Schule nicht verloren hat. Es ist nicht einzusehen, warum eine, wenn auch große religiöse Sekte, ideologische Propaganda in Schulen betreiben kann: z.B. gegen Frauenrechte, Verhütung, Abtreibung... Und darüberhinaus noch gratis und mit vom Staat gezahlten Religionslehrern. Manche von ihnen mögen vielleicht engagiert sein und die einzigen, bei denen Diskus-

Wenn Du Dich abmelden willst, einige Tips:
• Niemand kann Dir an einer öffentlichen Schule verbieten, Dich vom Religionsunterricht abzumelden.
• Du brauchst niemanden Rechenschaft über Deinen Entschluß geben.
• Vor dem 14.Lebensjahr brauchst Du die Unterschrift von einem Deiner Erziehungs-berechtigten (sowie zur Religionsfreiheit).
• Ab dem 14. Lebensjahr kannst Du Dich ohne Erziehungs-berechtigten von konfessionellen Religionsunterricht melden.
• Achtung! Für das Abmelden bestehen bestimmte Fristen, die zu versäumen werden. Mußt Du in den Unterricht gehen.
P.S.: Der Religionsunterricht ist nur der Anfang. Am besten gleich austreten aus dem Verein!

von Sonja Schön
JRE Wien-Nord
Das Sommer Camp von VORWÄRTS fand vom 9.-16.7.1995 in der Nähe von Prag statt. Es nahmen an 15 Leuten von VORWÄRTS, JRE und mehrere tschechische Genossen daran teil. Da sie alle unsere Schwesterzeitung Budoucnost unterstützen, hatten wir jede Menge Gesprächsstoff - sei es in Englisch oder manchmal mehr mit Händen und Füßen. Außer seinen Tagen Spaß, warmen Wetter, Badespaß und Sport gab es vor allem verschiedene Diskussionen zum Thema Geschichte der Arbeiterbewegung, Frauen und der Ideen von Marx, Engels, Lenin, Trotzki. Bevor wir von Wien abreisten, bekam jeder von uns einige Informationen zum Thema Arbeiterbewegung und es gab dann am 2. Tag verschiedene Referate (Pariser Kommune, I.Internationale usw.). Es beteiligte sich also jeder von uns aktiv an der politischen Arbeit; es wurde uns nicht nur etwas erzählt, wir machten auch die positive Erfahrung, daß wir es alle selbst konnten. Ich denke, am heftigsten diskutiert wurde bei Frauenunterdrückung-Frauenbefreiung auf dem Programm stand. Am interessantesten aber fand ich persönlich war, als uns eine tschechische Genossin, die selbst Roma ist, über die Unterdrückung und den Haß gegen Roma und Sinti in Tschechien berichtete. Abends saßen wir meistens alle gemeinsam am Lagerfeuer und sangen Arbeiterlieder mit musikalischer Begleitung. Ich hoffe, der kurze Camp-Bericht hat euch ein bißchen „Gutser“ gemacht. Also sollen sich all diejenigen, die es dieses Jahr verstimmt haben, nächsten Sommer auch daran beteiligen. Denn mehr Leute heißt automatisch mehr Spaß und mehr politisches Programm.



Politik und Spaß - kein Widerspruch

Internationales

Landreform in Südafrika
Auch über ein Jahr nach dem Wahlsieg des ANC befindet sich die Grundbesitz in Südafrika zum überwiegenden Teil in weißer Hand. Die Regierung „därfert“ zwar auf dem Land arbeiten, aber sie besitzen es nicht und können jederzeit vertreiben werden.
Jetzt wird die Möglichkeit diskutiert, daß Schwarz das Recht bekommen, daß Land, auf dem sie leben und arbeiten, zu kaufen. Aber erstens wehren sich die weißen Farmer dagegen und zweitens: Wieviel würde das Land kosten? Im Rußland von 19. Jahrhunderts führte eine ähnliche Landreform zur totalen Abhängigkeit der kleinen Bauern und in Folge zur Russischen Revolution von 1917.

Neoliberaler Wirtschaftspolitik in Lateinamerika
In allen lateinamerikanischen Ländern wird privatisiert, entlassen und Umverteilung zu Gunsten der Reichen durchgeführt. Während die Gewinne nach einer großen Privatisierungswelle in Argentinien für einige wenige Superreiche wachsen und wachsen, geht es der großen Masse der Arbeiterklasse erdrosselt. Jeder Fünfte ist arbeitslos, knapp eine Million Arbeitnehmer sind unterbeschäftigt.

In Brasilien wurden seit Oktober 1991 43 Unternehmen im Wert von knapp 9 Mrd Dollar verschleudert. Die ArbeiterInnenrechte verwehrt. In allen Staaten, so z.B. in Panama und Costa Rica gibt es Massenproteste gegen diese Wirtschaftspolitiksprogramme - Demonstrationen, Straßenschlachten, Streiks und den Aufstand der Zapatistas in Mexiko.

Hinrichtung verschoben
Die für 17.August festgesetzte Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal wurde nach massiven internationalen Protesten neuerlich verschoben. Mumia war für die Ermordung eines Polizisten verurteilt worden - aber es konnte nie bewiesen werden, daß er tatsächlich der Täter war. Der wahre Grund für die Verurteilung war sein politisches Engagement bei den Black Panthers, einer radikalen Schwarzenorganisation in den USA. 1994 wurden in die USA 31 Menschen hingerichtet, heuer werden es rund 50 werden. Die USA ist eines von 5 Ländern, in denen Jugendliche hingerichtet werden.

Sparpaket in Belgien
Unter dem Vorwand der Erfüllung der Maastricht-Kriterien wird der Finanzminister in Belgien eine Krisensteuer einführen. Er erwartet sich Mehreinkommen von 35 Mrd. 68 durch die erhöhte Besteuerung aller Einkommen über 9-10.000,- 65 pro Monat. Gleichzeitig sollen die Sozialabgaben erhöht werden. Fraglich ist allerdings, ob sich die belgischen Arbeiter das gefallen lassen - 1993 gab es eine riesige Streikbewegung - die größte seit der Zwischenkriegszeit.

Internationales VORWÄRTS
Ex-Jugoslawien: Dem Frieden näher?

Die Flucht von 150.000 - 200.000 Krajinasern vor der kroatischen Armee ist die größte Vertreibungsaktion in Europa seit fast 50 Jahren. Sogenannte liberale Medien meinen, Kroaten übe nur 50 „Recht“ auf Selbstverteidigung „gegen den diabolischen Starrsinn der Serben aus“ („Le Monde), Und P.M. Lingsens schreibt im Standard gar: „Vertreibung“ ist nicht gleich Vertreibung“. Ist sie doch, meinen wir!

von John Evers
Sogar die rechtskonservative „Presse“ berichtete von „Steinen gegen Flüchtlinge“ und „gnadenloser Jagd auf versprengte Serben“. Clinton, Kohl, Klesli, Haider und Mock neben diesen Vorgangsweise „verständlich“ und „völkerrechtlich gedeckt“. Schon bei der Eroberung Westslawoniens im Frühjahr 1995 gab es keine Verurteilung durch den Westen. Bei dieser Generalprobe zur jetzigen Aktion stürmten kroatische Einheiten in UNO-Schutzzonen, vertrieben gegen mehrere UN-Resolutionen, töteten hunderte Zivilisten und nahmen alle serbischen Männer zwischen 16 und 65 fest. Mit offener Sympathie und stiller Duldung durch EU und USA hat sich das Tudjmann-Regime - trotz bestehendem Waffenembargo - auf die jetzt Offensiv vorbereitet. 55 Mrd. Schillinge wurden in die Ausrüstung von über 100.000 Mann investiert.

„Dem Frieden näher?“
„Der Vorstoß der Kroaten eröffnet mehr Chancen als er verschüttet“ meint der „Balkanexperte“ P.M. Lingsens. Doch wie sehen diese „Chancen“ tatsächlich aus?

Entweder wird der Druck der extremen Kriegstreiber im kroatischen und serbischen Lager so stark, daß es zum heißen Krieg kommt. Anzeichen dafür gibt es auf beiden Seiten: Die Konfrontation rund um Dubrovnik. Die Preisz der realen kroatischen Armee (200.000 Serben haben deshalb ihre kroatische Heimat verlassen. Es war genau diese Politik, die sich serbisch-nationalistische Kräfte zu Nutzen machten. Die Krajina erklärte sich unabhängig vom Tudjmann-Reich und die Kroaten wurden 1991



Wieder Zehntausende auf der Flucht!

Die Idee, daß die drei Bevölkerungsgruppen einfach nicht zusammenleben können ist die ideologische Leitlinie in diesem Krieg. Und sie wird von allen drei nationalistischen Führungen, genauso wie vom Westen als Dreh- und Angelpunkt jeder Lösung angesehen. Doch der Nationalismus liegt niemandem im Blut, er ist ein politisches Mittel, auf das von den jeweiligen Führungen bewußt gesetzt wurde und wird. Kein Teilungsplan bedeutet eine Lösung des Konflikts! Er wäre nur die Festbeschreibung eines aktuellen Kräfteverhältnisses, ohne die sozialen und politischen Probleme der Region zu lösen. Das immer wiederkehrende Aufflammern von Kämpfen und Vertreibungen würde den Balkan weiter prägen. Die Politik des Westens hat aktiv beim Zerfall Jugoslawiens mitgeholfen. Nato und UNO haben absolut keine Lösungen anubieten - deshalb zögern sie mit einer militärischen Intervention. Wenn der Westen dreinschlagen würde, dann gegen die Serben und mit dem Plan, die „ethnische Säuberung“ möglichst schnell zu vollenden. Der Krieg am Balkan hat die Arbeiterklasse

schon seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die gleiche Situation gebracht. Die Idee, daß die drei Bevölkerungsgruppen einfach nicht zusammenleben können ist die ideologische Leitlinie in diesem Krieg. Und sie wird von allen drei nationalistischen Führungen, genauso wie vom Westen als Dreh- und Angelpunkt jeder Lösung angesehen. Doch der Nationalismus liegt niemandem im Blut, er ist ein politisches Mittel, auf das von den jeweiligen Führungen bewußt gesetzt wurde und wird. Kein Teilungsplan bedeutet eine Lösung des Konflikts! Er wäre nur die Festbeschreibung eines aktuellen Kräfteverhältnisses, ohne die sozialen und politischen Probleme der Region zu lösen. Das immer wiederkehrende Aufflammern von Kämpfen und Vertreibungen würde den Balkan weiter prägen. Die Politik des Westens hat aktiv beim Zerfall Jugoslawiens mitgeholfen. Nato und UNO haben absolut keine Lösungen anubieten - deshalb zögern sie mit einer militärischen Intervention. Wenn der Westen dreinschlagen würde, dann gegen die Serben und mit dem Plan, die „ethnische Säuberung“ möglichst schnell zu vollenden. Der Krieg am Balkan hat die Arbeiterklasse

Busfahrerstreik in Dänemark

Die liberal-konservative Stadregierung von Eshbjerg/ Dänemark ließ im Mai 1994 den Busbetrieb privatisieren. Privatisierung bedeutet konsequente EU-Linie, also Arbeitsplatzabbau und schlechtere Serviceleistungen, denn auch gegen Überfälle und polizeiliche Terror. Täglich finden zweimal Demonstrationen vor der Busgarage statt, um die Ausfahrt der Streikbrecherbusse zu verhindern. 100-500 nehmen jedesmal daran teil: Busfahrer, ihre Familien und viele aus der Bevölkerung, die sich solidarisieren.
Mit Händen gegen Streikenden
Regelmäßig müssen Streikende mit schwersten Bißverletzungen von Polizeihunden zugefügt - ins Spital. Doch die Attacken der Polizei und Sabotageakte der bezahlten Streikbrecher radikalisierten die Busfahrer und ließen Unterstützung national wie international aufblühen. Solidaritätskomitees gibt es heute in nahezu je-

und organisierte einen eintägigen Solidaritätsstreik, an dem in ganz Dänemark 250.000 ArbeiterInnen teilnahmen (von der gesamten Bevölkerung von 5 Mio.). Der Busstreik in Eshbjerg ist der bisher längste in der Geschichte Dänemarks. Die weiterhin kämpferische Stimmung der Streikenden wird durch ihre Aufkleber (siehe Bild) und regelmäßigen Publikationen verdeutlicht. Ein Sprecher der Streikenden erklärte, daß mit einer Rücküberführung der städtischen Buslinie in Gemeineigentum die Politik und Ziele der EU durchbrochen würden: Dies wäre ein Sieg für die gesamte europäische Arbeiterschaft. Die Eshbjerg-Busfahrer stehen mit sozialistischen Organisationen vieler Länder in Verbindung, es gilt, sie zu unterstützen. Spenden für die Streikkasse und Solidaritätsbriefe an die Redaktion oder an:
Baracken Fynsgade 516700
Eshbjerg, Dänemark



SPAR



PAKET

## Schüler, Lehrlinge und Studenten von Sparmaßnahmen bedroht!

# Wir wehren uns!

Und wieder soll auf Kosten der Jugendlichen gespart werden. Fast 2000 Millionen bei den Schülern: bei Schulbüchern und der Schülerfreifahrt, größere Klassen, weniger Frei- und Wahlpflichtgegenstände, kaum noch Sport- und Schullandwochen. Für die Studenten wird eine Studiengebühr von öS 5000.- pro Semester diskutiert.

Markus Zahradnik,  
JRE-Wien Ost

Die Belastungspolitik spürt in diesem Schuljahr jeder Schnürler. Damit ist noch nicht genug: Die neue Unterrichtsministerin Gehrler arbeitet schon an den nächsten Einsparungen. "Man müßte ernsthaft über die Bildungsfinanzierung sprechen." Doch wie schon im letzten Jahr gibt es auch heuer Widerstand von Seiten der Schüler. Am 30. September

findet im Zentrum Siebenstern der "Schülerkongreß gegen Bildungsabbau" statt.

Nach den Nationalratswahlen im letzten Jahr beschloß die Regierung ein radikales Sozialabbauprogramm. Für die vom Belastungspaket stark betroffenen Schüler kam die konservative Unterrichtsministerin Busek hinzu. Elitenbildung, aber möglichst wenig und billige Bildung für die breite Masse standen an der Tagesordnung. Jetzt im neuen Schuljahr spüren wir die Kürzungen zum

ersten Mal und sind zusätzlich noch mit dem nächsten Belastungspaket und den Ideen der Busek-Nachfolgerin Gehrler (ÖVP) konfrontiert.

### Schulbuchlade - Zurück ins Mittelalter

Die Schulbuchlade ist eine der Ideen der Konservativen. Familienministerin Moser (ebenfalls ÖVP): "Der Selbstbehalt war eine einmalige Übergangslösung..." - In Zukunft soll ein Buch also von verschiedenen Schülern über mehrere Jahre verwendet werden. Angeblich soll diese Maßnahme auch noch einen enormen pädagogischen Effekt haben: Sie soll die Schüler zu Sorgfalt erziehen. Mit diesem und anderen Argumenten soll der Qualitätsverlust und der Abbau unserer Bildung auch noch schmackhaft gemacht werden.

Wie sich die Schulbuchlade auf die Qualität der Lernunterlagen auswirken wird, läßt sich schon jetzt z.B. an den Atlanten, die meine Klasse seit 7 Jahren verwendet, ermesen: 1. Katastrophaler Zustand und 2. abso-lut unaktuell - nördlich von Österreich findet man die Tschechoslowakei und in auf anderen Karten liest man immer wieder UdSSR ...

### Lüge Schulautonomie.

Eine weitere Idee ist die sogenannte Schulautonomie, die im jetzigen Schuljahr an 24 Schulen in Österreich durchgeführt werden wird und

1996/97 auf alle Schulen ausgeweitet werden soll. Was von der Regierung als mehr Freiheit für die Schulen dargestellt wird, ist in Wirklichkeit eine Verlagerung der Verantwortung für Kürzungen. Jede Schule, die an diesem Projekt teilnimmt, erhält ein bestimmtes, gekürztes Budget. Es liegt nun an den Schulen zu entscheiden, ob Bücher gekauft oder die Toiletten renoviert werden. An Schulen mit reichen Eltern wird in Folge der Elternverein einspringen, um das Niveau zu halten oder zu verbessern und an Schulen mit weniger betuchten Eltern wird es eben keine funktionierende Klospülung oder keine Bälle im Turnsaal geben.

"No pasaran - Sie werden nicht durchkommen!"



Schülerproteste am 25.3.1995

## Internationale Solidarität - mehr als nur ein Demoruf

von Irina Nalis, JRE Wien-Süd

Am Freitag den 18.8.95 fand vor der schwedischen Botschaft eine Solidaritätsaktion für 3 von der Abschiebung bedrohten, kenianischen Sozialisten statt.

Betroffen ist Okoth Osewe, Journalist, der wegen Kritik an der kenianischen Regierung nach wiederholter Verfolgung und Folter in Schweden um Asyl ansuchte. Auch Daniel Mwaura und Patrick Mwangi, beide Mitglieder des Kikuyu-Stammes, mußten wegen „ethnischer Säuberungen“ der Regierung das Land verlas-

sen. Sicher nicht zuletzt wegen ihrer politischen Einstellung - Mitglieder der sozialistischen Organisation Arbeiterbund Offensiv - wurden ihre Asylanträge abgelehnt. Nun sind sie von der Abschiebung in die Verfolgung und eventuell dem Tod bedroht. Zwei Vertreterinnen des Vorwärts übergaben dem schwedischen Botschafter Protestnoten von:  
VORWÄRTS  
JRE  
SJ Wien  
ÖGJ - Österreichische Gewerkschaftsjugend  
KPÖ  
Grüne Rathaus Klub

Gewerkschaftsliste Offensiv der ÖMV  
GE - Alternative GewerkschafterInnen,  
GE - Gewerkschaftlicher Linksblock  
KIV - Konsequente Interessensvertretung  
T.Kerschbaum, Personalvertreter der Gemeinde Wien,  
Über diese und auch die in einigen anderen geführte Protestaktion wurde in der schwedischen Presse ausführlich berichtet. Über den weiteren Verlauf der Aktion werden wir informieren und Solidarität und Protestbereitschaft in Bezug auf Abschiebung, etc. wird in Österreich und allen anderen Ländern weiterhin notwendig sein.

### Widerstand!

Wer, wenn nicht wir?

Im vorigen Schuljahr starteten VORWÄRTS-Unterstützer und JRE-Mitglieder die Initiative zur Gründung der

### SchülerAktionsPlattform gegen Kürzungen im Bildungsbereich (SAP).

Die SAP fordert, daß Schule für jeden leistbar sein muß und wendet sich gegen Selbstbehalt und eine Schülerlade.

Die SAP organisierte regelmäßige Aktionplenar und veranstaltete an einigen Wiener Schulen Informations- bzw. Aktionstage zum Thema Bildungsabbau. Auf Grund des Druckes, der von der Basis durch die SAP ent-

stand, sah sich die offizielle Wiener Schülervvertretung gezwungen, zur Großdemonstration am 24.3. vor dem Unterrichtsministerium aufzurufen. Mehr als 15.000 Schüler nahmen teil. Während sich die Wiener LSV auf ihrer Demo ausruht, sind wir nach wie vor aktiv. VORWÄRTS-Unterstützer werden an mehreren Schulen als Schulsprecher kandidieren und am weiter aktiv sein.

Am 30. September findet im Zentrum Siebenstern ein „Schülerkongreß gegen Bildungsabbau“

der SAP statt. Es wird mehrere Arbeitskreise zu schulpolitischen Themen, aber auch Workshops zur konkreten Arbeit als Schülervvertreter und internationale Berichte geben. Der Widerstand gegen Einsparungen darf sich nicht auf einzelne Schulen beschränken. Wir müssen unsere Arbeit zwischen den Schulen verbinden, um erfolgreich zu sein, denn:

EINEN FINGER KANN MAN BRECHEN,  
ABER FÜNF FINGER ERGEBEN EINE FAUST!

**Schülerkongreß gegen Bildungsabbau, 30.9. 15 Uhr (Infos: 0222/5970432)**